

# Mit Kaninchenzucht gegen den Hunger : Winterthur im Ersten Weltkrieg

Autor(en): **Knoepfli, Adrian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich**

Band (Jahr): **81 (2014)**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1045716>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Städtisches Kartoffella-  
ger. Bereits vor dem Krieg  
kaufte die Stadt Winterthur  
Kartoffeln ein und gab sie  
vergünstigt an Bedürftige ab.  
(Aus: Sträuli, Kriegsfürsorge,  
nach S. 14)



Adrian Knoepfli

## Mit Kaninchenzucht gegen den Hunger Winterthur im Ersten Weltkrieg

«**D**as mit Trommelschlag gestern abend ca. von 1/4 9 Uhr an verkündete Aufgebot unserer Militärdirektion hat in der ganzen Stadt naturgemäss eine grosse Bewegung hervorgerufen; unsere Strassen waren bis in die späte Nacht belebt; vor den Häusern wurde in Gruppen das Ereignis besprochen; die es anging und Männer von Landwehr und Auszug aber sah man in eiligen Schritten mit Tornistern, Gewehren, Mänteln vorübergehen. Überall haben wir einen tiefen Ernst angetroffen; nur einen Moment sahen wir eine Gruppe mit einem vorangetragenem Karton singend durch eine Strasse ziehen; man hat den jungen Leuten wohl bald bedeutet, dass jetzt nicht gerade der Moment zu Allotria sei.» So beschrieb der Berichtstatter des «Landboten» die Stimmung in Winterthur am 31. Juli 1914, am Vorabend der Mobilisation.<sup>1</sup>

Am 1. August, einem Samstag, informierte Stadtpräsident Hans Sträuli den Stadtrat über die bereits ergriffenen Massnahmen. Unter anderem hatte er die Vormusterung sämtlicher Pferde durch die Tierärzte Hirs und Meier auf den Nachmittag und diejenige der Wagen auf den kommenden Montag angeordnet. Das eidgenössische Pulvermagazin auf dem Reitplatz und das Magazin für Sprenggeschosse beim Bruderhaus wurden durch je zwei Mann der Stadtpolizei bewacht, «bis Ablösung durch Militär

Drückeberger oder Patrioten? Inserate deutscher Vereine in Winterthur mit Erklärungen der Dienstuntauglichkeit oder dem Aufruf zur Unterstützung von Landsleuten. (Landbote vom 24. und 31. August 1914)

eintritt». Sodann beschloss der Stadtrat, die Bevölkerung durch die Tageszeitungen und Plakate «zur Besonnenheit zu ermahnen, um die masslose Verproviantierung & Rückforderung der Spareinlagen auf ein vernünftiges Mass einzudämmen». Stadtpräsident Sträuli wurde beauftragt, mit den grössten Lieferanten von Lebensmitteln Kontakt aufzunehmen.<sup>2</sup> In Inseraten wiesen die Konsumvereine darauf hin, dass die Höchstmengen beim Verkauf der einzelnen Lebensmittel beschränkt würden.

### Die ersten Massnahmen der Stadt

Rund sechs Wochen später orientierte der Stadtrat das Stadtparlament: «Die Bürgerwehr wurde gebildet, die Feuerwehr neu organisiert und Schritte getan zur Bewaffnung der Polizei.» Die Suppenanstalten im Kirchgemeindehaus Liebestrasse und im Volkshaus Tössfeld waren sofort wieder in Betrieb genommen worden. Bei der Lebensmittelversorgung hätten sich die 800 Pünken der Stadt «als grosse Wohltat» erwiesen. «Der städtische Güterverwalter ist beauftragt, an jedermann Rat und Belehrung über rationelle Herbstpflanzung, über Aufbewahrung und Verwendung von Pünken-erzeugnissen zu erteilen.» Man unterstützte und förderte das Dörren von Obst und Gemüse mit der Einrichtung einer grossen Dörranstalt im Gaswerk.

An Militärunterstützung erhielt eine Familie mit drei Kindern 3.30 Franken pro Tag, davon 1.35 Franken in bar und einen Gutschein für 3 Liter Milch. Der Rest wurde für die Bezahlung des Hauszinses zurückbehalten. Durch den Wegfall von Einnahmen aus untervermieteten Zimmern hatten viele Familien Mühe, für den Mietzins aufzukommen.

## Bitte um Unterstützung.

Die deutschen Vereine in Winterthur, nämlich:

- Der deutsche Hilfsverein
- „ deutsche Turnverein
- „ deutsche Kriegerbund
- „ Bodenseer-Verein
- „ Bayern-Verein
- „ Württemberger-Verein

beabsichtigen, die Unterstützung ihrer durch den Krieg in Not geratenen Landsleute zu zentralisieren und haben Wohltäter jeder Nationalität angelegentlich ein. Gaben in Geld oder natura bei folgenden Stellen gütigst abzugeben:

- Herrn **Karl Schwab**, Präsident des D. S. V., Paulstr. 8.
- „ **Primus Mannhardt**, Wärmersstr. 15.
- „ **Oskar Rosenberger**, Uhrmacherladen Fey, Untertorg. 30.
- „ **Christoph Ganzer**, Schützstr. 31 a.
- „ **Max Reiser**, zum Valentinsti, Tössfeldstrasse 31.
- „ **Friedrich Kapp**, zur Konfordia, Tellstrasse 18.

Gesuche um Unterstützungen können bei diesen Sammelstellen, sowie bei Herrn Professor **Karl Loewer**, Stadthausstrasse 12. und „ **Georg Waldele**, Eisenwaren-Laden, S. D. L. W., vorgebracht werden.

Die Sammelstelle bei Herrn **Sachler** ist aufgehoben. 4903

Die Wehrmannsunterstützung erfolgte indes nicht automatisch, sondern musste beantragt werden. In Winterthur gingen vom Kriegsbeginn bis Ende 1919 1229 Gesuche ein, und es wurde rund eine halbe Million Franken ausbezahlt.<sup>3</sup> Schlimmer als für die Angehörigen der Militärpflichtigen sei die Lage für arbeitslose Nichtdienstpflichtige, stellte Stadtpräsident Sträuli fest. «Mit Bedauern gewährte der Stadtrat die plötzlich einsetzende Arbeitslosigkeit, die damit verbundene Notlage einzelner Volksschichten war in sichere Nähe gerückt.» Erste Notstandsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen. Als Misserfolg erwies sich die «versuchte Platzierung der Arbeitslosen auf das Land», waren diese doch die Arbeit in der Landwirtschaft nicht gewohnt. Gegenüber der entschiedenen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hätten finanzielle Überlegungen zurückzustehen, forderte die Sozialdemokratische Partei. Auch für Frauen sei Arbeit zu beschaffen. Zur Finanzierung schlug der SP-Referent Hans Schenkel (1869–1926), Professor am Technikum und Nationalrat, unter anderem die Aufnahme einer Anleihe vor. «Alle Mittel zur Linderung der Not sind anzuwenden, und jedes Opfer soll gerne gebracht werden», schloss Sträuli seine Ausführungen. «Niemand suche aus der Not des Andern und dem allgemeinen Unglück Nutzen zu ziehen.»<sup>4</sup> Dieser Wunsch sollte sich bald als Illusion erweisen. Anfang September wies die Zürcher Staatsanwaltschaft die Bezirksanwaltschaften darauf hin, vor allem der «Wucher mit Nahrungsmitteln» sei von den Untersuchungsbehörden «mit rücksichtsloser Energie» zu verfolgen.<sup>5</sup>



# Erklärung.

Entgegen den in Winterthur kursierenden Gerüchten erklären wir nach eingehender und sorgfältiger Prüfung der bezügl. Original-Papiere, daß unsere Mitglieder

**Karl Andrae, Wirt zum Gotthard, und Ferdinand Schumacher, Wirt zur Harmonie** ihren militärischen Pflichten gegenüber Deutschland voll auf nachgekommen sind.

Ersterer ist vom Bezirkskommando Lindau, wo er sich persönlich gestellt hat, wegen Herzfehlers für dienstuntauglich befunden worden, letzterer ist durch Erlaß des kgl. württembergischen Armeekommandos Stuttgart bis auf weiteres vom Dienst befreit.

**Deutscher Kriegerbund Germania Winterthur:**  
Der Vorstand: 5201  
P. P. Mannhardt, Schriftführer. F. Dürr, Präsident.

## Freisinn gegen Kriegssteuer

Die Stadt wurde also auf allen Ebenen tätig, aber das konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Winterthur – wie die Schweiz allgemein – auf den Ersten Weltkrieg schlecht vorbereitet war. «Der Eingang von Geld auf der Stadtkasse hörte bereits mit dem ersten Tage auf, die Stadtverwaltung sah sich gezwungen, an die fortwährend einlaufenden Rechnungen nur Teilzahlungen zu leisten», musste Stadtpräsident Sträuli im Parlament zum Beispiel mitteilen.<sup>6</sup> Der Beschluss, die Stadtpolizei mit Revolvern zu bewaffnen, konnte hingegen aus einem anderen Grund nicht ausgeführt werden: es konnten «nirgends solche gekauft werden».<sup>7</sup> Die Einführung einer Kriegssteuer zur Finanzierung der steigenden Lasten war umstritten. Mitte März 1915 sollte eine Einigungskonferenz von SP, Freisinn und Demokratischer Partei eine Lösung zur Sanierung der städtischen Finanzen bringen. «Da die liberale Fraktion sich nicht dazu verstehen konnte, der Erhebung einer ausserordentlichen Kriegssteuer zuzustimmen, und die sozialdemokratische Fraktion die Erhöhung des Gaspreises als unannehmbar erklärte, misslang der Einigungsversuch.»<sup>8</sup> Im Grossen Stadtrat verwies der Wirtschaftsanwalt Robert Corti auf Finanzvorstand Rudolf Ernst (1865–1956), Bankier und ebenfalls Freisinniger, der «schwere

## «Keine Drückeberger»

Am Montag, 3. August, erschien im «Landboten» das Aufgebot des Deutschen Reichs. Die in der Schweiz lebenden «Mannschaften des Beurlaubtenstandes» wurden aufgefordert, sich «so schnell als möglich ins Reichsgebiet zurückzubegeben und bei dem Bezirkskommando zu melden, dessen Bezirk sie zuerst erreichen». Die danach noch in Winterthur verbliebenen Deutschen wiesen, vermutlich unter Druck geraten, in einer Erklärung im «Landboten» vom 6. August 1914 darauf hin, dass sie grösstenteils dem Landsturm mit und ohne Waffe angehörten, bisher keinerlei Militärdienst geleistet hätten und somit nicht mit der Waffe ausgebildet seien. Es bestehe daher kein Grund, sie «etwa als Drückeberger oder sogar als Deserteure anzusehen». Wenn der Ruf des Vaterlandes auch an sie ergehe, so würden sie diesem «freudigen Herzens folgen».

Anklagen gegen die Finanzpolitik der Stadt Winterthur erhoben» habe. Ernst habe zu Recht festgestellt, «dass die missliche Situation nicht auf den Krieg zurückzuführen ist, sondern darauf, dass wir auf zu grossem Fuss gelebt haben». Mit knappem Mehr beschloss das Parlament, der Gemeindeversammlung – eine solche kannte Winterthur bis zur Eingemeindung 1922 – zu beantragen, neben der Steuer von 6 Promille eine ausserordentliche Kriegssteuer von 1 Promille zu erheben.<sup>9</sup> Damit sollte das budgetierte Defizit von 188 000 Franken gedeckt werden.

In der Gemeindeversammlung vertrat Finanzvorstand Ernst nochmals den Standpunkt, statt die Steuern zu erhöhen sei das Defizit mit Sparmassnahmen zu beseitigen. Oskar Huber (SP) als Sprecher der Stadtratsminderheit führte aus, dass die Erhöhung der indirekten Abgaben hauptsächlich die kleinen Leute und den Mittelstand treffe, eine Lohnkürzung bei den städtischen Angestellten das Proletariat vermehre und den privaten Arbeitgebern ein schlechtes Beispiel gebe. Die Vermögenden und die grösseren Einkommen müssten ebenfalls etwas beitragen, erklärte Huber, der auch Verlagsleiter des demokratischen «Landboten» war. Die Demokraten sprachen sich ebenfalls für die Kriegssteuer aus. Obwohl Anwalt Corti diese weiterhin ablehnte und befürchtete, dass es sich um eine bleibende

### Vorverlegte Polizeistunde

Zu den Massnahmen, welche der Regierungsrat nach Kriegsausbruch anordnete, gehörte auch die Vorverlegung der Polizeistunde im ganzen Kanton von 24 auf 23 Uhr, ausgenommen die beiden «Bahnhofswirtschaften von Zürich & Winterthur, die um 12 Uhr zu schliessen sind». Die Durchführung war aber nicht so einfach: «Das Militär erklärt, sich nicht an dieselbe halten zu müssen, Private erklären den Beschluss der Regierung für ungesetzlich, die Bahnhofswirtschaft wird von der militärischen Bewachung des Bahnhofes um 11 Uhr geschlossen & ihr die nach Regierungsbeschluss eingeräumte Berechtigung des Offenhaltens bis 12 Uhr benommen». Winterthur hielt in der Folge, zuletzt als Unikum im Kanton, bis 1988 am Wirtschaftsschluss um 23 Uhr fest. (STAW B 2/165, Protokoll Stadtrat, 15. und 17. 8. 1914).

Steuererhöhung handle, stimmte die Gemeindeversammlung der Kriegssteuer «mit grosser Mehrheit» zu.<sup>10</sup>

### Die Lage der Industrie

Wegen der Mobilisierung und der Blockierung der Importe stand die Schweizer Wirtschaft nach dem Kriegsausbruch weitgehend still, was auch in Winterthur, dessen Wohlergehen im Wesentlichen von der Maschinen- und Metallindustrie abhing, zu Arbeitslosigkeit führte. Doch im Frühling 1915, als es der Schweiz gelang, mit den Krieg führenden Mächten Handelsabkommen zu schliessen, setzte eine eigentliche Kriegskonjunktur ein, die den Firmen gute Geschäfte bescherte. Dabei eröffneten sich den Schweizer Unternehmen auch Chancen, weil in den Krieg führenden Ländern die Umstellung der Produktion auf Waffen und Munition häufig zulasten der zivilen Industrien ging. Bei der Sulzer AG, die dank ihres Werks in Ludwigshafen in Deutschland produzieren konnte und Anfang 1918 eine Fabrik in Frankreich baute, zeichneten sich die Kriegsjahre durch steigende Gewinne bei anhaltend wachsender Bilanzsumme aus. Im Geschäftsjahr 1915/16 nahm der Bestellungseingang gegenüber dem Vorjahr um 77 Prozent zu, 1916/17 betrug

die Steigerung nochmals 74 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten stieg 1915/16 von 3700 auf 4600.<sup>11</sup> Ebenfalls vom Krieg profitierte die Firma Rieter, der es gelang, «sich aus der firmeneigenen Krise der Vorkriegsjahre zu lösen, um sich gestärkt der Nachkriegszeit zu stellen».<sup>12</sup> Den Handelshäusern bescherte die Kriegskonjunktur gleichfalls grosse Profite.<sup>13</sup> Die Entwicklung wurde argwöhnisch registriert. «Wohl liest man etwa von Goldströmen, die durch den Krieg in unser Land fliessen sollen, und man erzählt von allerlei Leuten, die dadurch unglaubliche Reichtümer gewonnen haben sollen, auf rechtem und noch mehr auf unrechtem Wege», schrieb die Hülfs-gesellschaft in ihrem Jahresbericht 1916. Aber diese Kriegsgewinne würden sich nur auf eine kleine Zahl von Bewohnern verteilen, «einheimischen und fremden, während bei weitem der grösste Teil unserer Bevölkerung durch die fast von Tag zu Tag zunehmende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse hart bedrückt wurde und wohl auch jene Kriegsgewinne mit bezahlen muss».<sup>14</sup>

Mit der Verschärfung des Wirtschaftskriegs durch die Entente schrumpfte die Wirtschaft dann dramatisch, wobei das letzte Kriegsjahr eindeutig das schlechteste war.<sup>15</sup> Das hatte für die breite Masse eine enorme Verschlimmerung der Lage zur Folge, bereitete aber auch den Unternehmen wachsende Schwierigkeiten. Der Bund machte von den ihm eingeräumten Vollmachten viel zu spät und nur zögerlich Gebrauch. Von 1914 bis 1918 verdoppelte sich der Lebenskostenindex. Erst ab dem Frühling 1917 wurden die Grundnahrungsmittel zuerst kantonal, dann gesamtschweizerisch rationiert. «An Lebensmitteln konnte die Schweiz 1918 nur noch ein Drittel der Vorkriegsmenge einführen; an Rohstoffen (insbesondere Kohle und Eisen) war es rund die Hälfte.»<sup>16</sup> Obwohl sich auch hier «die Vorboten einer kommenden Arbeitslosigkeit» zeigten, war in Winterthur 1918 «noch keine allgemeine Arbeitslosigkeit vorhanden».<sup>17</sup>

### «Dann und wann ein Braten»

Zu den Massnahmen, welche die Stadt ergriff, gehörte die Förderung der Kaninchenhaltung, mit welcher man grösseren Bevölkerungskreisen «ein billiges Stück Fleisch oder eine kleine Nebeneinnahme» zu verschaffen suchte.<sup>18</sup> In der Sitzung der Fürsorge-

Die städtische Schweinemast- und -zuchtanstalt im Schlossgut Wülflingen. «Aus der eigenen Schweinemästerei in Wülflingen und einer Ergänzungsanstalt, die im Stadtschopf eingerichtet wurde, gelangte wiederum in Regie Fleisch zum Verkauf, meistens je Samstag vormittags an Bedürftige», heisst es dazu im Geschäftsbericht der Stadt von 1916. (Aus: Sträuli, Kriegsfürsorge, nach S. 24)



kommission vom 25. November 1916 teilte deren Präsident mit, man habe sich mit dem Präsidenten des Kaninchenzüchtervereins «zur Prüfung der Frage, auf welche Weise die Kaninchenzucht zum Zwecke der Fleischversorgung gefördert werden könnte», in Verbindung gesetzt.<sup>19</sup> Man setzte eine Kaninchenkommission ein, welcher Schriftsetzermeister Nobel als Präsident, Materialverwalter Freitag, der Pfändungsbeamte Hürlimann, der Büroangestellte Egg, Küfermeister Keller, Webermeister Hug und der Giesser Ehrat angehörten.<sup>20</sup> 1917 wurde an drei Vorträgen mit Lichtbildern über praktische Fragen der Kaninchenhaltung informiert. Sie waren von je etwa 300 Personen besucht. Zwei Ausstellungen von Tieren, Fellen, Lederartikeln und Ställen stiessen ebenfalls auf grosses Echo. «An sie schlossen sich an vier Abenden Fellluderungskurse an, in denen Anleitung gegeben wurde, wie auf einfache Weise das abgezogene Fell zu einem weichen Pelz verarbeitet werden kann.» Grosse Mühe bereitete der Kommission «die Zuteilung der Futterplätze (zirka 11 200 m<sup>2</sup> Wiesengrundstücke, dazu Waldwege und Parzellen, die die Stadt zur Verfügung stellte)». Als Futter gab die Stadt zudem gedörrte Apfelkerngehäuse ab. Die Abteilung Kaninchenzucht des Ornithologischen Vereins vermittelte den «Kriegszüchtern» durch seine Mitglieder Tiere.<sup>21</sup> Der Erfolg konnte sich sehen lassen. Die Kaninchenhaltung verschaffe «dem Züchter nicht unerheblichen Nebenverdienst und bringt auch der unbemittelten Familie dann und

wann einen Braten auf den Tisch», zog Stadtpräsident Sträuli 1920 Bilanz. 1919 war die Zahl der Tiere von 1200 auf 2700 gestiegen, «und es wurden von Mitgliedern des Vereins allein 2163 Tiere mit einem Gewicht von 4410 Kilo und einem Fleisch-, Fell- und Düngerwert von Fr. 29 513 geschlachtet».<sup>22</sup> Im August 1919 hielt die Fürsorgekommission fest, die Kaninchenkommission solle eingeladen werden, ihre Tätigkeit weiterzuführen.<sup>23</sup> Der Ornithologische Verein erhielt nach dem Kriegsende für seine Verdienste einen städtischen Beitrag.

Einen vollständigen Überblick über die Kriegsmassnahmen der Stadt gibt ein Bericht von Stadtpräsident Hans Sträuli von 1920. Sie reichten von der Lebensmittelfürsorge (Verproviantierung, Rationierung, Notstandsfürsorge, Verbilligungen) über die Volksküchen (Suppenanstalten, Städtische Volksküche, private Speiseanstalten) und allgemeine Unterstützungen (Wehrmannsunterstützung, Kriegsnotunterstützung, Freiwilligen- und Einwohnerarmenpflege, private Hilfe, Frauenhilfe) bis zur Förderung der Produktion (städtische Landwirtschaft, Schülerhilfe und Schülergärten, privater Anbau, industrielle Landwirtschaft, Pünten, Kaninchenzucht, Schweinemastanstalt, Dörranstalten, Konservierungskurse, Kochkurse) und zur Brennstoff-, Wohnungs- und Arbeitslosenfürsorge.<sup>24</sup> Für den Vollzug wurden zahlreiche neue Ämter und Kommissionen geschaffen. Die Fürsorgerechnung der Stadt vom 1. August 1914 bis zum 30. Juni 1920



Der Jurist Hans Sträuli (1862–1938) stand von 1911 bis 1930 an der Spitze der Stadt und schrieb über die Kriegsfürsorge einen ausführlichen Bericht. 1911–1934 sass der Demokrat Sträuli im Nationalrat, den er 1931 präsidierte. (Winterthurer Bibliotheken, Studienbibliothek)

Treuer Angestellter: Nach 40 Dienstjahren wurde Conrad Baeschlin Ende 1931 von der Schweizerischen Lokomotiv- und Maschinenfabrik mit doppelter Gratifikation und einem schönen Abschiedsbrief in die Pension verabschiedet. (Bild Privatbesitz)

wies bei Ausgaben von 3,9 und Einnahmen von 2,8 Millionen Franken einen Verlust von 1,1 Millionen Franken aus.<sup>25</sup> Auch in Winterthur wurde indes ein beträchtlicher Teil der Massnahmen erst spät Tatsache, und sie reichten nicht aus.

### 6000 Ster Holz aus der Innerschweiz

Um die Versorgung ihrer Belegschaften zu verbessern und gleichzeitig Lohnforderungen der Arbeiter begegnen zu können, trafen die Firmen ebenfalls Massnahmen – «der Not Gehör schenkend, nicht dem eigenen Triebe», wie Oscar Sulzer später einräumte.<sup>26</sup> Diese Vorkehrungen kamen jedoch sehr spät und erst unter dem Eindruck zunehmender Arbeiterproteste. «Sowohl in der Fabrik Sulzer als auch in der Loci<sup>27</sup> wurde infolge Mangel an Lebensmitteln aller Art beschlossen, Detailhandel in Lebensmitteln, Schuhen, Fleisch, Kleidern etc. einzurichten, um den Arbeitern & Angestellten billige Artikel zu beschaffen», schreibt Conrad Baeschlin (1866–1953), ein langjähriger Angestellter der Schweizerischen Lokomotiv- und Maschinenfabrik (SLM), in seinen Lebenserinnerungen. Aufsicht,

Einkauf und Verkauf des Ladens der «Loki» wurden Baeschlin übertragen, der bei der SLM im Einkaufsbüro arbeitete.<sup>28</sup>

Eingerichtet wurden die Läden 1918 nach dem grossen Streik in der Metallindustrie. Im gleichen Jahr wurde im Auftrag des Bunds eine Kommission für industrielle Landwirtschaft gebildet, der gemäss Baeschlin die Direktoren Meyer (Gebr. Sulzer), Halter (Rieter), Bindschedler (Seidenweberei) und Denzler (SLM), der spätere Stadtrat Emil Freitag sowie «meine Wenigkeit» angehörten. Baeschlin wurde zum Betriebsleiter ernannt. «Frucht, Kartoffeln & Gemüse wurden gepflanzt», erinnert sich Baeschlin. «Die Frucht [Getreide] musste dem Bund abgeliefert werden. Kartoffeln & Gemüse wurden verteilt an die Wohlfahrtsküchen der betreff. Firmen. Dies wurde betrieben bis zum Ende des Krieges.»<sup>29</sup> Die Winterthurer Industrie machte bei Veltheim, Hettlingen, Wülflingen, Altikon, Seelmatten und anderswo etwa 500 Jucharten für die Produktion nutzbar, indem Ödland entwässert wurden, die man auf 10–15 Jahre pachtete.<sup>30</sup>

Eine weitere kriegsbedingte Sonderaufgabe Baeschlins war der Holzeinkauf. «Wegen Mangel an Kohlen für den Betrieb & die Lokomotiven war die Fabrik gezwungen, Hartholz zu beschaffen.» Ausser den Urkantonen und Glarus bewilligte kein Kanton die Ausfuhr von Holz-«Spalten». Die SLM-Direktion beauftragte Baeschlin, in den genannten Kantonen etwa 6000 Ster Buchenholz einzukaufen, zum Höchstpreis von 30 Franken pro Ster ab Station. Baeschlin wurde mit einem Beglaubigungsschreiben ausgestattet und quartierte sich im Hotel «Krone» in Stans ein, um von dort aus auf Holzsuche zu gehen. Sofort holte er beim Obwaldner Regierungsrat Maria Odermatt (1867–1950) eine Bewilligung für den Einkauf ein. Odermatt, der





sehr entgegenkommend war, besorgte ihm auch die Ausweise für die anderen Innerschweizer Kantone und empfahl ihm einen Vermittler, mit dem Baeschlin dann einen Vertrag abschloss. «Jeweils, wenn er einen Posten Holz aufgestöbert hatte, reiste ich wieder in die Urkantone, um die bezügl. Holzkäufe abzuschliessen. Ca. 3 Wochen suchte ich die Holzbauern im Thal & in den Höhen ab, von Stans bis Engelberg, von Flüelen, Altdorf, Wasen bis Göschenen; auch die Holzbörse in Luzern besuchte einige Male, bis [ich] meine 6000 Ster beisammen hatte.»<sup>31</sup>

### 15 Waggons Kartoffeln

Zudem war Baeschlin für die Beschaffung von Kartoffeln zuständig. «Jeweils im Herbst besorgte die Loki für Angestellte & Arbeiter den Einkauf von Kartoffeln zu anständigen Preisen», schreibt Baeschlin. «Im Jahr 1918 waren die Kartoffeln sozusagen rationiert, d. h. die meisten Kantone sperrten den Verkauf & so gab auch hier die Direction mir wiederum den Auftrag, darnach zu trachten, ca. 15 Waggon Kartoffeln hereinzubringen.» In Rafz, Eglisau, im Klettgau, im Reiat und auch in Ramsen stiess Baeschlin «auf

Schwierigkeiten». In Ramsen erfuhr er aber, «dass an der deutschen Grenze 3 Grossbauern ca. 8 Waggon Kartoffeln aufgestapelt hatten & nicht zum Höchstpreise abgeben wollten». Diese Bauern, «als wirkliche Grobiane geschildert», habe er dennoch besucht, «um einen Kauf zu erzielen, aber alles war vergebens». Daraufhin ging Baeschlin zum Polizeiposten Ramsen und liess sich eine Bescheinigung geben, «dass bei diesen Grossbauern noch grössere Quantum liegen». Mit dieser Bescheinigung suchte er Regierungsrat Traugott Waldvogel in Schaffhausen auf. «Das wirkte & nach ca. 14 Tagen erhielten wir 5 Waggons Kartoffeln ab Ramsen.»<sup>32</sup> Im Zweiten Weltkrieg baute die SLM im Weinland dann selbst Kartoffeln an.

### Der grosse Streik vom Juni 1918

Schon bald wehrte sich die Arbeiterschaft mit Streiks gegen die Verschlechterung ihrer Lage, so zum Beispiel 1916 bei der SLM.<sup>33</sup> 1918 fand in der Winterthurer Metallindustrie «die grösste Arbeitsniederlegung eines Platzes, zu der es bis jetzt in der Schweiz gekommen ist», statt. Über diesen

### Budget einer «Wehrmannsfrau»

Am 28. Oktober 1918 veröffentlichte die «Winterthurer Arbeiterzeitung» die Zuschrift einer «Wehrmannsfrau», in welcher sie ihr Budget erläuterte. Sie habe in ihrer Zusammenstellung «nur das Allernötigste in Anrechnung gebracht, von Fleisch usw. ist keine Rede», schrieb die Frau, deren Mann sich seit Längerem im Militärdienst befand. Die monatlichen Ausgaben von 110.90 Franken, berechnet für drei Personen, setzten sich wie folgt zusammen:

|                                     |           |
|-------------------------------------|-----------|
| Zins                                | Fr. 35.—  |
| Milch                               | Fr. 21.—  |
| Brot                                | Fr. 12.—  |
| Mehl                                | Fr. 1.10  |
| Fett und Butter                     | Fr. 10.50 |
| Zucker                              | Fr. 3.60  |
| Teigwaren                           | Fr. 1.80  |
| Reis                                | Fr. 1.20  |
| Griess (für Kind unter zwei Jahren) | Fr. 1.10  |
| Kochgas                             | Fr. 13.20 |
| Beleuchtung (Petrol)                | Fr. 2.40  |
| Waschmaterial                       | Fr. 8.—   |

Dem stand als Einnahme die Unterstützung von 4.60 Franken pro Tag, also 138 Franken, gegenüber. «Ich habe das Recht, billigere Lebensmittel zu beziehen, sonst würde es gar nicht reichen», stellte die Frau fest. Von den verbleibenden 27 Franken sollte sie Äpfel und verschiedene andere Dinge für den Winter – zum Beispiel Kleider für die beiden Knaben – kaufen. «Eine Zulage für die Wehrmannsfrauen wäre da gewiss vonnöten, damit man nicht immer noch beim Verein für Soldatenwohl betteln müsste, weil der Staat sich von seinen elementarsten Pflichten auf elendeste Weise drückt.»

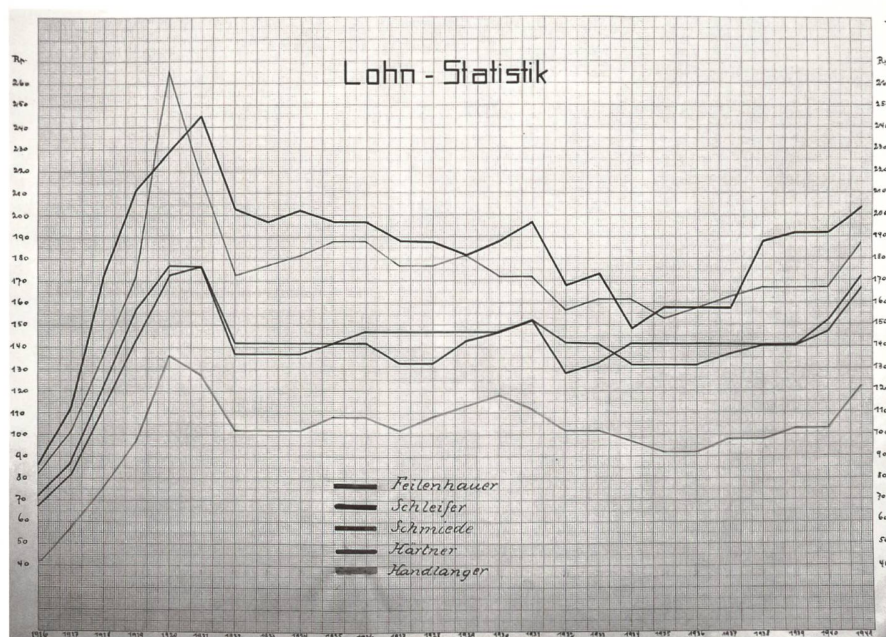
Streik schickte SLM-Generaldirektor Oskar Denzler (1877–1938) Mitte Juli «im Auftrag der drei bekämpften Firmen» Sulzer, Rieter und SLM ein Memorial an den Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- & Metall-Industrieller (ASM) beziehungsweise dessen Präsidenten Hugo Sämman, Generaldirektor der Firma Von Roll. Das Dokument diente der Rechtfertigung des Verhaltens der drei Winterthurer Firmen und gibt eine gute Übersicht über den Konfliktverlauf. In der letzten Maiwoche gelangten die Arbeiterkommissionen der drei Firmen an ihre Geschäftsleitungen mit der Forderung, die Teuerungszulagen zu erhöhen. Dabei wiesen

sie darauf hin, dass ihre Forderung «heute schon durch die fortschreitende Teuerung überholt sein dürfte». Die Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft sei «auf das schwerste» gefährdet, und das verdiene «zum mindesten eine gründliche Rücksichtnahme seitens der Tit. Geschäftsleitungen».<sup>34</sup> Bei Rieter betrug die realen Stundenlöhne 1918 gerade noch 68 Prozent und inklusive Teuerungszulage 82 Prozent des Stands von 1914, was etwa der Entwicklung der Branche entsprach.<sup>35</sup>

Die drei Firmen lehnten das Begehren, nach einer gemeinsamen Konferenz, ab und begründeten dies mit den bisher gemachten Konzessionen und der unsicheren geschäftlichen Lage. Man habe sich des Gefühls nicht erwehren können, schrieb Denzler, dass «seitens der Metallarbeitergewerkschaft auf eine Kraftprobe hingearbeitet werde». Die Gewerkschaft rief daraufhin das Einigungsamt an. Die Firmen erschienen dort, nachdem ihnen Stadtpräsident Sträuli die Zusicherung gegeben hatte, dass das Einigungsamt keinen Schiedsspruch fällen werde. Die Firmen erklärten kategorisch, dass eine Erhöhung der Teuerungszulagen nach all den früheren Zugeständnissen «einfach unmöglich» sei. Nachdem ein Ultimatum der Arbeiterschaft abgelehnt worden war, traten am 28. Juni rund 5600 Arbeiter und 800 Lehrlinge in den Streik, wobei die Arbeitgeber ihre Betriebe vorsorglich schlossen. Dadurch hätten Ausschreitungen und Ruhestörungen vermieden werden können, stellte Denzler fest, «wenn auch auf der andern Seite bedauert werden muss, dass eine Reihe von Arbeitswilligen durch den Streik zu Schaden kamen». Eine erste Verhandlung auf dem Einigungsamt verlief resultatlos. Die weiteren Beratungen unter den Firmen führten zur Entscheidung, «in erster Linie der Frage der Lebensmittelversorgung alle Aufmerksamkeit zu schenken, weil offenbar das Ernährungsproblem die ganze Bewegung ausgelöst» habe. Man beschloss, beim Chef des Zürcher Ernährungsamts vorstellig zu werden «und durch Einkauf von nicht rationierten Lebensmitteln (Kartoffeln, Kastanien, Gemüse, Schokolade, Kakaopulver), sowie Bedarfsartikeln wie Schuhe und Überkleider, den ständigen Preistreibern und ihren unheilvollen Wirkungen die Spitze abzubrechen».

In einem zähen Verhandlungsprozess kamen die Firmen den Forderungen der Arbeiterschaft schrittweise entgegen. Während dieses Prozesses

Die Lohnentwicklung in der Feilenfabrik Schwarz von 1916 bis 1942 zeigt klar die extreme Teuerung während des Ersten Weltkriegs. (Stadtarchiv Winterthur, Album Feilenfabrik Schwarz 1867–1942)



interveniente auch Bundesrat Edmund Schulthess in Winterthur, der ein Übergreifen der Bewegung auf andere Städte und Unruhen befürchtete. Noch am 5. Juli erklärten die Vertreter von Sulzer, Rieter und SLM aber, «dass die Industrie absolut keine Eile habe, den Streik, der ja im Grund nur den Zeitpunkt des Beginnes der Arbeitslosigkeit hinausschiebe, so rasch zu beenden». Das war jedoch nur ein letztes Rückzugsgefecht. Am 8. Juli wurde die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen.<sup>36</sup> Dass der Streik ruhig verlief, war unter anderem der Tatsache zu verdanken, dass die Streikleitung ein Wirtschaftsverbot erliess.<sup>37</sup> In seinem Memorial an den Arbeitgeberverband verteidigte Generaldirektor Denzler, sonst eher zu den Hardlinern zählend, die gemachten Konzessionen. Das allgemeine Gesetz, wonach sich der Lohn nach Angebot und Nachfrage richte, sei durch den Krieg «zeitweilig ins Wanken gekommen», hielt er fest. «Die Lebensmittelknappheit einerseits und die Geldentwertung andererseits haben dazu geführt, dass dem Arbeiter Leistungen in Form von Teuerungszulagen gemacht werden müssen, für die ein Äquivalent nicht besteht.» Die Art der Konzessionen der Winterthurer Firmen war beim Arbeitgeberverband umstritten. Dort herrschte die Meinung vor, dass man allenfalls die Löhne erhöhen könne, bei den vom Verband beschlossenen Höchstgrenzen für die Teuerungszulagen aber hart bleiben müsse. Zur Frage, ob sich der Streik nicht hätte

verhindern lassen, bemerkte Denzler, gegenüber kurzfristigen Ultimativen und Streikdrohungen der Gewerkschaft gebe es nur das Mittel, «dem Streik mit der Schliessung des Betriebes zu begegnen». Nur so werde «die Stosskraft des Metallarbeiterverbandes getroffen, der Verband selbst finanziell geschwächt und die Streiklust der Führer wie der Arbeiter gedämpft». Ein Streik, der die Gewerkschaft 180 000 Franken kostete, sei «ein Experiment, das sich so leicht nicht wiederholen lässt, auch wenn dadurch Hunderte von neuen Mitgliedern für die Gewerkschaft gewonnen werden».<sup>38</sup>

«Der volle Erfolg der Ausständigen aller Betriebe ist denn auch ein unbestrittener, ja direkt anerkannter», frohlockte ihrerseits die «Winterthurer AZ», und der «Landbote» schrieb von einem «schönen Erfolg».<sup>39</sup> Die Arbeitgeber machten für den Konflikt wie erwähnt hauptsächlich die Versorgungslage verantwortlich, und hier hätten in erster Linie die Behörden Abhilfe zu schaffen.<sup>40</sup> In die gleiche Kerbe hieb der neu gegründete «Arbeitgeberverband Winterthur & Umgebung» in einer Eingabe an die Stadt, worauf Stadtschreiber Jean Leuthold an einer Stadtratssitzung entgegnete, «die Industriellen hätten für die Lebensmittelversorgung noch nicht viel getan», während die Stadt «ihr Möglichstes geleistet» habe.<sup>41</sup> Die wachsende Not kulminierte schliesslich im landesweiten Generalstreik vom 12. bis 14. November 1918.<sup>42</sup> Er nahm in Winterthur



## Anmerkungen

- 1 Landbote, 1. 8. 1914.
- 2 Stadtarchiv Winterthur (STAW), B 2/165, Protokoll Stadtrat, 1. 8. 1914.
- 3 Sträuli, Hans: Kriegsfürsorge in Winterthur, 1914–1920 (Neujahrsblatt der Hilfsgesellschaft Winterthur 1921), Winterthur 1920, S. 19. Allgemein auch: Buomberger, Thomas: Helfen als Verpflichtung. Die Hilfsgesellschaft Winterthur 1812–2012 (Neujahrsblatt der Stadtbibliothek Winterthur, Bd. 346), Winterthur 2012; Ganz, Werner: Geschichte der Stadt Winterthur. Vom Durchbruch der Helvetik 1798 bis zur Stadtvereinerung 1922, Winterthur 1979.
- 4 STAW, B 2c/28, Protokoll Grosser Stadtrat, 14. 9. 1914.
- 5 Landbote, 7. 9. 1914.
- 6 STAW, B 2c/28, Protokoll Grosser Stadtrat, 14. 9. 1914.
- 7 STAW, B 2/165, Protokoll Stadtrat, 15. 8. 1914.
- 8 STAW, B 2c/28, Protokoll Grosser Stadtrat, 22. 3. 1915.
- 9 STAW, B 2c/28, Protokoll Grosser Stadtrat, 31. 3. 1915.
- 10 STAW, B 2d/14, Protokoll Gemeindeversammlung, 11. 4. 1915.
- 11 Adank, Florian: Eine «Exportfirma par excellence». Die Sulzer Unternehmungen AG in Winterthur, 1914–1925, in: Rossfeld, Roman / Straumann, Tobias (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg, Zürich 2008, S. 89–115, hier S. 94–96.
- 12 Stutz, Sabine: Der Erste Weltkrieg als Chance. Die Entwicklung der «Actiengesellschaft vormals Joh. Jacob Rieter & Cie» von 1910–1925 (Lizentiatsarbeit, Universität Zürich), Zürich 2006, S. 14, 104 f.
- 13 Dejung, Christof: Welthandelshaus und «Swiss Firm». Die Firma Gebrüder Volkart während des Ersten Weltkriegs, in: Groebner, Valentin / Guex, Sébastien / Tanner, Jakob (Hg.): Kriegswirtschaft und Wirtschaftskriege, Zürich 2008, S. 117–133, hier S. 128.
- 14 Jahresbericht Hilfsgesellschaft Winterthur 1916, S. 3.
- 15 Zur wirtschaftlichen Entwicklung siehe auch den Beitrag von Tobias Straumann in diesem Band.
- 16 Rossfeld, Roman / Straumann, Tobias: Zwischen den Fronten oder an allen Fronten? Eine Einführung, in: Rossfeld, Roman / Straumann, Tobias (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg, Zürich 2008, S. 11–59, hier S. 23–25.
- 17 Geschäftsbericht der Stadt Winterthur 1918, S. 24.
- 18 Geschäftsbericht der Stadt Winterthur 1917, S. 15.
- 19 STAW, OBe/1, Protokoll Fürsorgekommission, 25. 11. 1916.
- 20 Sträuli, Kriegsfürsorge (wie Anm. 3), S. 46.
- 21 Geschäftsberichte der Stadt Winterthur 1917, S. 15.
- 22 Sträuli, Kriegsfürsorge (wie Anm. 3), S. 28.
- 23 STAW, OBe/1 Protokoll Fürsorgekommission, 19. 8. 1919.
- 24 Sträuli, Kriegsfürsorge (wie Anm. 3).
- 25 Ebd., 42 f.
- 26 Schaufelberger, Hans: Die Stadt Winterthur im 20. Jahrhundert. Eine Chronik mit begleitenden Texten, Winterthur 1991, S. 46.
- 27 Baeschlin verwendet konsequent die Schreibweise mit c.
- 28 Lebensbild von Conrad Baeschlin, geb. 1866. Zur Erinnerung meinem l. Sohne Ernst gewidmet (Ms., Privatbesitz), Zürich 1946, S. 72.
- 29 Baeschlin, Lebensbild (wie Anm. 28), S. 73.
- 30 Sträuli, Kriegsfürsorge (wie Anm. 3), S. 24; Bernhard, Hans: Die Organisation der industriellen Landwirtschaft in Winterthur (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft, Nr. 1), Zürich 1918.
- 31 Baeschlin, Lebensbild (wie Anm. 28), S. 74 f.
- 32 Ebd., S. 77 f.
- 33 Landbote, 27. 3. 1916. Zur Entwicklung des Betriebsklimas bei der SLM vgl. Vogel, Kaspar: Die Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik 1871–1997, 2. erw. Aufl., Luzern 2003, S. 39–50.
- 34 Firmenarchiv Sulzer, Ordner Arbeitsniederlegung vom 28. Juni–6. Juli 1918, Bericht Oskar Denzler an Hugo Sämann, 18. 7. 1918.
- 35 Stutz, Weltkrieg (wie Anm. 12), S. 105 und Anhang X.
- 36 Bericht Denzler (wie Anm. 34); Der Winterthurer Grossstreik, in: Winterthurer Arbeiterzeitung, 8. 7. 1918; Zum Grosskampf in Winterthur, in: Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung, 20. 7. 1918.
- 37 STAW, B 2/167, Protokoll Stadtrat, 29. 6. 1918.
- 38 Bericht Denzler (wie Anm. 34).
- 39 Winterthurer Arbeiter Zeitung, 10. 7. 1918; Landbote 9. 7. 1918. Neben den drei grossen Firmen wurden die Seidenweberei (Sidi) und die Trikotage Nägeli bestreikt.
- 40 Neues Winterthurer Tagblatt, 10. 7. 1918.
- 41 STAW, B 2/167, Protokoll Stadtrat, 12. 7. 1918.
- 42 Schneider, Willi: Die Geschichte der Winterthurer Arbeiterbewegung, Winterthur 1960, S. 147–155.
- 43 STAW, B 2c/30, Protokoll Grosser Stadtrat, 18. 11. 1918; Geschäftsbericht der Stadt Winterthur 1918, S. 52 f. Siehe auch die Kapitel Politik und Wirtschaft von Adrian Knoepfli in der neuen Winterthurer Stadtgeschichte, die im März 2014 beim Chronos Verlag, Zürich, erscheint.
- 44 STAW, OBe/1, Fürsorgekommission, Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich, Kreisschreiben an die Gemeinderäte betreffend den Abbau der Notstandsaktion, 16. 5. 1920.